

18. September 2018

Beschluss der 25. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Karlsruhe

**Frauenarmut im Alter bekämpfen -
Die Empfehlung für einen verlässlichen Generationenvertrag
geschlechtergerecht gestalten!**

Beschluss:

Die BAG fordert die Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ auf, den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit - unter Berücksichtigung der diskontinuierlichen Berufsverläufe, der hohen Teilzeitquote sowie der niedrigeren Erwerbseinkommen von Frauen - in den Focus der Zukunftssicherung der Deutschen Rentenversicherung zu stellen und damit Altersarmut von Frauen wirksam vorzubeugen. Den Empfehlungen der Sachverständigen zum Gleichstellungsbericht der Bundesregierung soll gefolgt werden.

Begründung:

Der Koalitionsvertrag beschreibt den Auftrag der Rentenkommission: Für die Sicherung des Niveaus bei 48 Prozent werden wir in 2018 die Rentenformel ändern und parallel dazu eine Rentenkommission 'Verlässlicher Generationenvertrag' einrichten, die sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahr 2025 befassen wird. Sie soll eine Empfehlung für einen verlässlichen Generationenvertrag vorlegen.

Die Bertelsmann Studie „Wandel der Arbeitswelt“ aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass die meisten der aktuellen Rentenreformvorschläge die steigende Altersarmut nicht stoppen können, da sie nicht genau auf die besonders bedrohten Menschen und den Niedriglohnsektor eingehen. Für alleinstehende Frauen wird ein Anstieg der Grundsicherungsquote auf fast 28% zum Jahr 2036 erwartet.¹

Weder die Sicherung des Rentenniveaus, noch die Erhöhung der Mütterrente oder Mindestabsicherungen für langjährig Versicherte kommen diesem Personenkreis zu Gute.

Das Rentensystem muss Risikogruppen und Erwerbsbiographien besser berücksichtigen.

Das Gutachten zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung² kommt zu folgenden Empfehlungen:

- Einführung einer durchgängigen Rentenversicherungspflicht

¹ Bertelsmann Stiftung (Hg): Entwicklung der Altersarmut bis 2036 - Trends, Risikogruppen und Politikszenerarien, Juni 2017

² BMFSFJ (Hg): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung , Juni 2017

- Verbesserung der Anrechnung von Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung
- Verlagerung von der abgeleiteten hin zur eigenständigen Sicherung, insbesondere Einführung eines Anwartschaftssplittings bei Ehepartnerinnen und Ehepartnern sowie Eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern als Regelmodell
- nachsorgender sozialer Ausgleich bei niedrigen Rentenansprüchen
- Verbesserung des Zugangs von Frauen zur betrieblichen und privaten Alterssicherung

Wir halten diese Empfehlungen für sehr zielführend. Im Übrigen hat der Deutsche Juristinnenbund detaillierte Vorschläge zur Reform der Rentenversicherung vorgelegt³, denen sich die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros angeschlossen hat.

³ djb-Modell für eine geschlechtergerechte Rentenreform vom 24.09.2000